

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 19.02.2017 zur Berichterstattung über gefälschte Vorwürfe gegen Bundeswehrsoldaten in Litauen

In ihrer Programmbeschwerde vom 19.02.2017 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam die Berichterstattung von ARD-aktuell über gefälschte Vorwürfe gegen Bundeswehrsoldaten in Litauen. Dabei beziehen sich die Beschwerdeführer auf einen Beitrag in der „Tagesschau“ um 20 Uhr vom 17.02.2017 sowie auf zwei Beiträge auf tagesschau.de vom 16.02.2017 und 18.02.2017.

<http://www.tagesschau.de/ausland/bundeswehr-fakenews-101.html>  
<http://www.tagesschau.de/inland/sicherheitskonferenz-fake-news-101.html>



Während der Film-Beitrag der „Tagesschau“ noch „erstaunlich objektiv“ gewesen sei, sei es auf tagesschau.de „im üblichen russophoben Angriffsstil und im Fake-News-Format“ weitergegangen, so die Petenten. Es hätte unbedingt die Auffassung der russischen Regierung eingeholt werden müssen. Die aus ihrer Sicht „hetzerischen Verdächtigungen, eindeutig gegen Russland gerichtet und ausschließlich der Feindbild-Pflege und Desinformation der deutschen Bevölkerung gewidmet, verstoßen gegen den NDR-Staatsvertrag“, so die Herren Klinkhammer und Bräutigam.

ARD-aktuell hat sich auf die Programmbeschwerde hin die Berichterstattung noch einmal angeschaut:

Der von den Beschwerdeführern zuerst angeführte Artikel auf tagesschau.de vom 16.02.2017 beginnt mit dem Satz: „Unbekannte haben eine Desinformationskampagne gegen die Bundeswehr in Litauen gestartet.“ Damit ist sehr klar dargestellt, dass der Urheber der Vorwürfe gegen deutsche Soldaten nicht bekannt ist. Im Folgenden bezieht sich der Artikel u. a. auf Veröffentlichungen des „Spiegel“ zu dem Fall. Das Nachrichtenmagazin hatte einen NATO-Diplomaten angeführt, der Russland als Urheber verdächtigt:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-fake-news-attacke-gegen-deutsche-soldaten-in-litauen-a-1134925.html>

Am folgenden Tag, dem 17.02.2017, äußerte sich Verteidigungsministerin von der Leyen zu dem Fall, außerdem gab es weitere Agenturberichte. Die politischen Reaktionen sowie die Thematik von „Fake-News“ hat deshalb die „Tagesschau“ um 20 Uhr am 17.02.2017 zusammengefasst. Aber auch hier hielt sich ARD-aktuell mit einer Schuldzuweisung explizit zurück:

ARD-Berlin-Korrespondentin Ariane Reimers textete in ihrem Beitrag: „Beweise für eine russische Urheberschaft gibt es nicht.“ Der Internet-Experte Sandro Gaycken, Direktor des Digital Society Institute Berlin erklärt im Beitrag schließlich: „(...) aber ob es jetzt wirklich der russische Staat war oder irgendwelche Aktivisten oder eine dritte Partei, die vielleicht einfach nur Ärger machen will zwischen Russland und der NATO, das kann man nie letzten Endes feststellen.“

Am 18.02.2017 beschuldigten schließlich der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Pavel, sowie die litauische Präsidentin Grybauskaitė und weitere litauische Politiker explizit Russland, für die „Fake News“ verantwortlich zu sein. Diese politischen Reaktionen hat tagesschau.de in dem hier kritisierten Artikel am 18.02.2017 zusammengefasst. Die Zitate sind klar kenntlich gemacht. Im Textverlauf ist wiederum der Ursprungs-Artikel vom 16.02.2017 verlinkt, mit oben erwähnter Erkenntnis, dass die Verantwortlichen der „Fake News“ unbekannt sind.

Eine offizielle russische Reaktion - wie sie die Beschwerdeführer fordern - gab es laut Recherchen des ARD-Studios Moskau nicht.

Die in der Programmbeschwerde erhobenen Vorwürfe weist die Redaktion deshalb zurück.

Dr. Kai Gniffke  
09.03.2017

